



Mehr als 4000 Menschen protestierten auf dem Domshof gegen die russische Aggression in der Ukraine.

FOTOS: CHRISTINA KUHAUPT

Einig gegen Putins Krieg

4000 Menschen stellen sich auf dem Domshof an die Seite der Ukrainer

VON JÜRGEN THEINER

Bremen. Gut 4000 Menschen haben am Sonntagnachmittag auf dem Domshof gegen Russlands Krieg in der Ukraine protestiert. Der Platz in der Innenstadt war ein einziges blau-gelbes Fahnenmeer. Viele Teilnehmer hatten sich in die Farben des Landes gehüllt, das gerade von der russischen Führung in ein Schlachtfeld verwandelt wird. Die Menschen einte der Wunsch, zumindest ihrer Empörung über das Vorgehen des Kreml Ausdruck zu verleihen, wenn sie schon nichts dagegen unternehmen können. Viele Demonstranten trugen selbstgefertigte Schilder, auf denen beispielsweise stand: „Lieber frieren als Putins Krieg finanzieren“ – eine Forderung nach Stopp der Gas- und Ölimporte aus Russland. Auch verfremdete

sidenten Wladimir Putin. „Du bist verantwortlich für diesen Krieg. Jedes verletzte Kind, jeder getötete Soldat geht auf dein Konto“, wandte sich die Aktivistin an den Kriegsherrn im fernen Moskau. Putin, so zeigte sie sich überzeugt, werde nicht als Schöpfer eines russischen Großreichs in die Geschichte eingehen, „sondern als größter Schlächter unserer Zeit“. Solomiya Przybyla dankte den Bremern für den moralischen Rückhalt und die praktische Unterstützung, etwa durch Spenden und Aufnahme von Flüchtlingen: „Wir sind überwältigt von eurer Bereitschaft, uns zu helfen. Das gibt uns Kraft und Durchhaltevermögen.“

Redebeiträge kamen auch von der früheren Grünen-Europaabgeordneten Helga Trüpel und dem Bremer DGB-Vorsitzenden Ernesto Harder. Für Trüpel war klar: Es gehe jetzt nicht darum, eine Frontstellung gegen „die Russen“ schlechthin aufzubauen. „Wir sind keine Feinde der russischen Bevölke-

lung, sondern kritisieren den Versuch Putins, sich die Ukraine und Belarus einzuhüpfen.“ Dankbar sei sie hingegen für den Mut vieler Russen, in den Städten ihres Landes trotz massiver staatlicher Repression gegen den Krieg zu demonstrieren, sagte Trüpel. Unter großem Applaus forderte sie, dass Wladimir Putin deraus vor ein Kriegsverbrechertribunal gestellt werde. Trüpel beschrieb auch das Dilemma, vor dem sie den Westen sieht. „Wir liefern Waffen und Hilfsgüter an die Ukraine, wollen aber natürlich keine Eskalation, die zu einem dritten Weltkrieg führt.“ Zur aktuellen Positionierung der westlichen Staaten sehe sie deshalb keine Alternative.

DGB-Chef Harder erinnerte an die Lösung „Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg“. Dies sei ein Grundsatz, der in Europa offenbar nicht mehr als selbstverständlich gelten könne. Dass der russische Präsident mit einer Demonstration in der Bremer Innen-

stadt nicht zu beeindrucken sei, könne schon sein, sagte Harder. Aber darum gehe es auch nicht in erster Linie. An die zahlreichen Ukrainer auf dem Domshof gerichtet, rief er: „Wir demonstrieren hier, damit Ihr wisst: Ihr seid nicht allein.“

Ljubomir Shmalii gehörte zu denen, die sich damit angesprochen fühlen durften. Der Ukrainer war mit seiner Frau und den drei kleinen Kindern auf den Domshof gekommen – kaum 24 Stunden nach der Ankunft

„Putin ist nicht nur im Krieg mit meinem Land, er ist im Krieg mit Europa.“

Ljubomir Shmalii aus der Ukraine

der Familie in Bremen. Die Shmalis haben eine siebentägige Flucht aus dem von russischen Streitkräften eingeschlossenen Char'kiw hinter sich, die Erschöpfung und der Schrecken waren ihnen am Sonntagnachmittag noch deutlich anzumerken. Er hoffe, dass das russische Vorgehen in der Ukraine den Menschen in Deutschland die Augen öffne, sagte Ljubomir Shmalii, denn: „Putin ist nicht nur im Krieg mit meinem Land, er ist im Krieg mit Europa.“

Am frühen Abend fand vor dem Theater am Goetheplatz eine weitere Anti-Kriegsveranstaltung statt, allerdings in kleinerem Rahmen. Greenpeace hatte dort zu einer Mahnwache aufgerufen. Etwa 250 Menschen beteiligten sich daran und formten aus Kerzen ein großes, leuchtendes Friedenszeichen.



Solomiya Przybyla vom Verein „Herz für die Ukraine“ hielt in ihrer Eröffnungsrede eine flammende Anklage gegen den russischen Präsidenten Wladimir Putin.

Rembertikreisel kann bebaut werden

Grenzwerte für Luftschadstoffe werden eingehalten – Verkehrssenatorin Maike Schaefer kündigt Vorstoß an

VON JÜRGEN THEINER

Bremen. Eine Wohnbebauung im Bereich des Rembertikreisels ist – was die Luftqualität der Umgebung angeht – grundsätzlich möglich. Zu dieser Aussage kommt die Bau- und Verkehrsbehörde auf der Grundlage einer immissionstechnischen Auswertung. Senatorin Maike Schaefer (Grüne) will dieses Projekt nun konkret in Angriff nehmen. Den Kreisverkehr aufzuheben und auf dem Areal zwischen Bahnhofsvorstadt und Viertel Wohnungen zu errichten, ist schon seit mehreren Jahren grundsätzlich im Gespräch, ohne dass es dazu bisher allerdings detaillierte Überlegungen gegeben hat. Zuletzt beschäftigte sich der SPD-Unterbezirk Bremen-Stadt im November vergangenen Jahres mit dieser Idee.

In der Baudeputation kommt nun in dieser Woche ein Papier aus der Bau- und Verkehrsbehörde auf den Tisch. Es geht auf eine Anfrage des SPD-Baupolitikers Falk Wagner zurück. Er hatte sich danach erkundigt, zu welchen Ergebnissen eine aktuelle Untersuchung der Feinstaub- und Stickstoffdioxid-

Konzentrationen im Bereich des Rembertikreisels kommt.

Die schriftliche Antwort liegt nun vor. Wichtigster Befund: Sofern eine mögliche Bebauung genügend Abstand zum Straßenraum hält und das Umfeld ausreichend begrünt wird, spricht nichts gegen eine solche Nutzung des Areals. Der Kreisverkehr würde in diesem Fall aufgehoben, der Straßenraum zurückgebaut. Die beiden angrenzenden Einbahnstraßen Eduard-Grunow-Straße und Ernst-Gäßel-Straße blieben erhalten, lediglich die Eduard-Grunow-Straße würde in ihrem Verlauf verändert.

„Städtebauliche Wunde“

In dem Papier für die Deputierten bejaht die Baubehörde die grundsätzliche Eignung des Geländes für eine Wohnbebauung, auch wenn noch genauere gutachterliche Prüfungen notwendig seien. „Städtebaulich werden im Rahmen einer Umgestaltung des Rembertikreisels und einem Rückbau der Verkehrsinfrastruktur große Potenziale gesehen“, heißt es darin. Als Ziele werden die Gewinnung „neuer, zentraler nutzbarer Grün- und Bau-

flächen, die Qualifizierung des Stadtraums sowie die Vernetzung der bestehenden Quartiere“ beschrieben.

Falk Wagner begrüßt, dass es nun eine realistische Perspektive für eine neue Nutzung des Kreisel-Geländes gibt. Zwar werde es im Umfeld dieses Bereichs immer vergleichsweise viel Autoverkehr geben, „aber das ist an den Heerstraßen ja genauso, und trotzdem lässt es sich da gut leben“. Der Rembertikreisel sei in seiner jetzigen Form überflüssig, ja eine städtebauliche Wunde, die es zu heilen gelte. „Wenn dort bezahlbarer Wohnraum entstehen könnte, wäre das eine deutliche Aufwertung der Bahnhofsvorstadt“, ist Wagner überzeugt.

Ahnlich sieht es Bau- und Verkehrsreferentin Maike Schaefer (Grüne). Gegenüber dem WESER-KURIER kündigt sie an, „dass wir jetzt einen Prozess mit allen Beteiligten starten, um eine städtebaulich attraktive Mischung aus überwiegend Grün und Wohnen zu erhalten“. Die angestrebte Umwandlung des Rembertikreisels müsse im Zusammenhang mit dem Ringschluss der Autobahn 281 gesehen werden. Dieser soll größere Ver-

kehrsmengen aus der Innenstadt herausnehmen, sodass sich das Wohnumfeld auch in solchen Bereichen verbessert, die bisher noch relativ stark von Autolärm- und Abgasbelastung sind.

OPTION RÜCKBAU DES KREISELS



GEWINNZAHLEN

Lotto: 10, 22, 25, 26, 28, 41 ; **Superzahl:** 0.
Toto: 13er-Wette: 0, 0, 1, 2, 1, 2, 2, 2, 1, 1, 1, 1, 1.
Auswahlwette „6 aus 45“: 1, 2, 28, 29, 30, 43; **Zusatzspiel:** 14.
„Spiel 77“: 8 5 8 0 4 3 8.
„Super 6“: ★ 5 4 8 6 7 2.

GLÜCKSSPIRALE		Sonnabend, 5. 3.
Wochenziehung	4	10 Euro
	64	25 Euro
	979	100 Euro
	5130	1000 Euro
	29.053	5000 Euro
	870.267	100 000 Euro
	850.002	100 000 Euro
Prämienziehung	3.452.073	10 000 Euro*
*20 Jahre monatlich als „Sofortrente“ oder einmalig 2,1 Millionen Euro		(Alle Angaben ohne Gewähr.)

Ärzteschwund im Bremer Süden
Beirat will Anreize schaffen
VON KARIN MÖRTEL

Bremen. Der Bremer Süden hat mit einem Ärzteschwund zu kämpfen. In Woltmershausen gibt es keinen einzigen Kinderarzt, in Huchting haben mehrere Ärztinnen und Ärzte ihre Praxis aufgegeben und keinen Nachfolger gefunden. Aus Sicht der Stadtteilpolitik droht eine Unterversorgung an bestimmten Orten abseits des Zentrums und der Stadtteile, in denen viele wohlhabende Menschen leben.

268 Ärzte und Psychotherapeuten praktizieren laut Kassenärztlicher Vereinigung (KV) in Vollzeit im Stadtgebiet links der Weser (Stand: 1. Oktober 2021). Auffällig ist, dass in Woltmershausen insgesamt nur acht Hausärztinnen und -ärzte praktizieren, in der Neustadt dagegen 159 Menschen Leistungen aus den unterschiedlichen Fachdisziplinen ambulant anbieten. Die einzige Frauenärztin sei aus Woltmershausen nach Schwachhausen abgewandert, beklagt Beiratsvorsitzende Edith Wangenheim (SPD). Auch einen Kinderarzt wünschen sich die Woltmershauser seit Jahrzehnten dringend im Stadtteil, allerdings vergeblich.

Die Frage, ab wann die ärztliche Versorgung in einem Stadtteil als unzureichend gilt, kann die KV nicht beantworten. Die Organisation ist dafür zuständig, die ambulante Versorgung für das gesamte Stadtgebiet Bremen sicherzustellen. Das Verhältnis von vorgesehenen Arztsitzen und Gesamtbevölkerung der Stadt Bremen sei in allen Fachbereichen derzeit ausgewogen, so die Auskunft. Bei Hausärzten weist die KV sogar eine Überversorgung aus. Wie weit der Weg zum nächsten Haus- und Kinderarzt ist, spielt für diese Berechnung zunächst keine Rolle.

Arbeitskreis gegründet

Das es beispielsweise im Ortsteil Grolland nach einem Ruhestand und einem Praxiszug mittlerweile gar keinen Hausarzt mehr gibt, ist dennoch Fakt. In Huchting will der Beirat nun aktiv werden: Jüngst hat er geschlossen, gemeinsam mit Vertretern der Kassenärztlichen Vereinigung einen Arbeitskreis zu gründen. In dieser Runde wollen die Sozialpolitiker der Parteien gemeinsam mit den Fachleuten Strategien erarbeiten, wie sie ihren Stadtteil den gewünschten Ärzten schmackhafter machen können. Als denkbare Beispiele gelten im Vorfeld Hilfestellungen bei der Kitaplatz-Suche, Stellenangebote für Partnerinnen und Partner bis hin zu vergünstigten Praxisräumen.

Ölhafen-Grundstück vor dem Verkauf

Bremen. Die Stadt will eines ihrer letzten großen unbebauten Grundstücke im Hafenbecken veräußern – für den Spottpreis von einem Euro. Das 13 Hektar große Areal am Ölhafen, südlich der Stahlwerke, soll an eine Tochtergesellschaft des Baukonzerns Straßag gehen. Die Firma will auf dem Grundstück eine hochmoderne Anlage errichten, in der Bauschutt zur Wiederverarbeitung aufbereitet wird. Die Technologie soll wissenschaftlich begleitet werden. Gewünscht ist eine Zusammenarbeit mit der Hochschule Bremen.

Der Waller Beirat hatte sich zunächst gegen den Verkauf des Areals gesperrt. Um die Kontrolle über die künftige Nutzung nicht zu verlieren, sollten keine weiteren Häfenareale mehr aus der öffentlichen Hand gegeben werden, lautete die Forderung an die zuständigen Stellen. Doch nun ließ man sich überzeugen, dass es sich in diesem konkreten Fall um ein sehr gutes Geschäft handelt, das sich zum Vorteil der Umwelt auswirken und die Menschen in der Nähe nicht belasten wird. Über den Verkauf des Grundstücks, das die Stadt vor knapp zehn Jahren vom Esso-Konzern übernommen hatte, entscheidet der Haushalt- und Finanzausschuss am 18. März.

AVE